

Für die Zukunft gesattelt.

# **Pflegebericht** für den Kreis Warendorf Teil II

– Entwurf Stand: Februar 2012–



## **Vorwort**



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Allgemeiner Teil.....</b>	<b>5</b>
1.1 Kommunale Pflegeplanung 2011-2012.....	5
1.2 Zielgruppe der Pflegeplanung .....	6
1.3 Datenlage.....	6
<b>2. Bewertung der Pflegeinfrastruktur im Kreis Warendorf.....</b>	<b>8</b>
2.1 Vollstationäre Pflege.....	8
2.2 Kurzzeitpflege.....	10
2.3 Teilstationäre Pflege.....	11
2.4 Ambulante Pflegedienste.....	12
2.5 Alternative Wohnformen.....	13
2.6 Pflegeergänzende Hilfen.....	15
2.7 Pflege- und Wohnberatung.....	17
<b>3. Querschnittsthemen und zukünftige Handlungsbedarfe .....</b>	<b>18</b>
3.1 Barrierefreiheit und generationengerechtes Lebensumfeld .....	18
3.2 Transparenz und Vernetzung.....	19
3.3 Fachkräftemangel .....	20
3.4 Menschen mit Behinderungen im Alter .....	22
3.5 Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte .....	23
<b>4. Zusammenfassung und Ausblick.....</b>	<b>24</b>

## 1. Allgemeiner Teil

### 1.1 Kommunale Pflegeplanung 2011-2012

Die kommunale Pflegeplanung hat gemäß § 6 Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen insbesondere die folgenden Aufgaben:

- Bestandsaufnahme über das vorhandene Angebot an Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen,
- Überprüfung, ob über den Pflegemarkt ein qualitativ und quantitativ ausreichendes sowie wirtschaftliches Hilfeangebot für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zur Verfügung gestellt wird und
- Klärung der Frage, ob und ggf. welche Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Hilfeangebotes ergriffen werden müssen.

Die Bestandsaufnahme über die vorhandene Pflegeinfrastruktur erfolgte im Rahmen der Erstellung des Pflegeberichtes, der am 15. April 2011 in der Pflegekonferenz und am 09.06.2011 im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales vorgestellt wurde. Hier wird die Frage beantwortet, welche Angebote in stationären, teilstationären und ambulanten Bereich zur Verfügung stehen und wie sich die Angebotsstruktur in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Der Pflegebericht beschreibt darüber hinaus die aktuelle und prognostizierte demografische Entwicklung sowie die Struktur und Entwicklung der Pflegebedürftigkeit und stellt die Aufwendungen des Kreises Warendorf für die Pflege dar.

In der Zeit von Juli 2011 bis Februar 2012 fanden in allen Städten und Gemeinden lokale Netzwerktreffen statt, in denen über das vorhandene Angebot und mögliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung bzw. Ergänzung der örtlichen Pflegeinfrastruktur diskutiert wurde. Teilgenommen haben insbesondere professionelle und ehrenamtliche Akteure aus dem Bereich der Pflege, Betreuung und Unterstützung älterer Menschen, einschließlich der Begegnungs- und Freizeitangebote.

In der Stadt Beckum konnten die Ergebnisse der örtlichen Pflegeplanung sowie deren Besprechung in der Beckumer Arbeitsgemeinschaft Altenpolitik einbezogen werden.

Der vorliegende Pflegeplan fasst die wesentlichen Ergebnisse dieser Netzwerktreffen zusammen und gibt einen Ausblick auf die Themen und Handlungsfelder, die im Rahmen der kommenden

Pflegeplanung verstärkt beachtet werden sollen. Die Aktualisierung des Pflegeberichtes ist im 2-Jahres-Rhythmus geplant, der nächste Bericht wird also 2013 erscheinen.

## **1.2 Zielgruppe der Pflegeplanung**

Pflegebedürftigkeit ist kein ausschließliches Phänomen des höheren Alters. Die Wahrscheinlichkeit, auf Pflegeleistungen angewiesen zu sein, steigt mit dem Alter jedoch exponentiell an. Im Fokus der kommunalen Pflegeplanung stehen daher auch die pflegerischen und komplementären Angebote für ältere und hochaltrige Menschen. Im Rahmen der Netzwerktreffen wurde dabei immer wieder darauf hingewiesen: Die Gruppe der Seniorinnen und Senioren ist ebenso heterogen in ihren Bedürfnissen, Lebensweisen und Interessen wie die übrige Gesellschaft. Die älteren Menschen sind dabei nicht nur Empfänger von Hilfeleistungen, sondern auch aktiv ehrenamtlich Tätige, die sich auf vielfältige Weise ins gesellschaftliche Leben einbringen.

Die Pflegeplanung hat sich zum Ziel gesetzt, sowohl die kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch die Erhebung und Aufbereitung von Informationen in ihren Planungstätigkeiten zu unterstützen, als auch Ansprechpartner für Investoren und Einrichtungen zu sein.

Wichtige Partner sind darüber hinaus die professionellen und ehrenamtlichen Dienste im Bereich der Altenhilfe. Deren vielfältige Freizeit-, Kultur- und Sportangebote sowie die Hilfs- und Unterstützungsangebote – von "Anti-Rost" bis "Hand in Hand" – tragen maßgeblich dazu bei, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem häuslichen Umfeld bleiben können und soziale Kontakte erhalten bzw. gewinnen.

## **1.3 Datenlage**

Im Rahmen der Netzwerktreffen in den Städten und Gemeinden wurde immer wieder deutlich, dass für eine effektive Planung an vielen Stellen noch gemeindegrenze Daten fehlen. Die Auswertung der Pflegestatistik ist z.B. bislang ausschließlich auf Kreisebene möglich. Da die Bevölkerungsstrukturen und demnach auch der Anteil der Pflegebedürftigen zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden stark differieren, sind sozialraumbezogene Daten wichtig. Auf diesen Bedarf haben die Kreise über den Landkreistag NRW im Zuge der Novellierung des Landespflegegesetzes hingewiesen. Hier wurden Verbesserungen in Aussicht gestellt. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Ggf. müssen zukünftig

seitens des Kreises verstärkt Daten erhoben werden. Hier ist jedoch der hohe Aufwand – insbesondere für die Pflegeeinrichtungen – mit dem erwarteten Nutzen sorgfältig abzuwägen.

Auch im Bereich der Hilfe zur Pflege sind einige Kennzahlen derzeit nur mit großem Aufwand manuell für die einzelnen Kommunen zu ermitteln. Hier wird sich die Datenlage nach der geplanten Softwareumstellung im Jahr 2013 voraussichtlich deutlich verbessern.

## **2. Bewertung der Pflegeinfrastruktur im Kreis Warendorf**

Wie sieht die Versorgungsstruktur für ältere und pflegebedürftige Menschen im Kreis Warendorf und insbesondere in den einzelnen Städten und Gemeinden aus? Welche Angebote fehlen, sind nicht ausreichend oder auch in Überzahl vorhanden? Welche Hilfe- und Unterstützungsleistungen sollten zukünftig weiterentwickelt werden? Unter diesen Fragestellungen fanden die Netzwerktreffen in den Kommunen statt.

### ***2.1 Vollstationäre Pflege***

Jede Stadt und Gemeinde verfügt über mindestens eine vollstationäre Pflegeeinrichtung. Das Verhältnis stationärer Plätze zur Einwohnerzahl ist innerhalb des Kreisgebietes jedoch sehr unterschiedlich verteilt. Die höchste Versorgungsdichte weisen die Gemeinden Wadersloh und Beelen auf, die niedrigste die Stadt Ennigerloh. Insgesamt standen am Stichtag 15.01.2012 2.246 vollstationäre Plätze zur Verfügung. Die aktuelle stichtagsbezogene Belegungsabfrage ergab eine Auslastung der Einrichtungen von 92% und hat sich damit im Vergleich zum 15.01.2011 um drei Prozentpunkte erhöht.

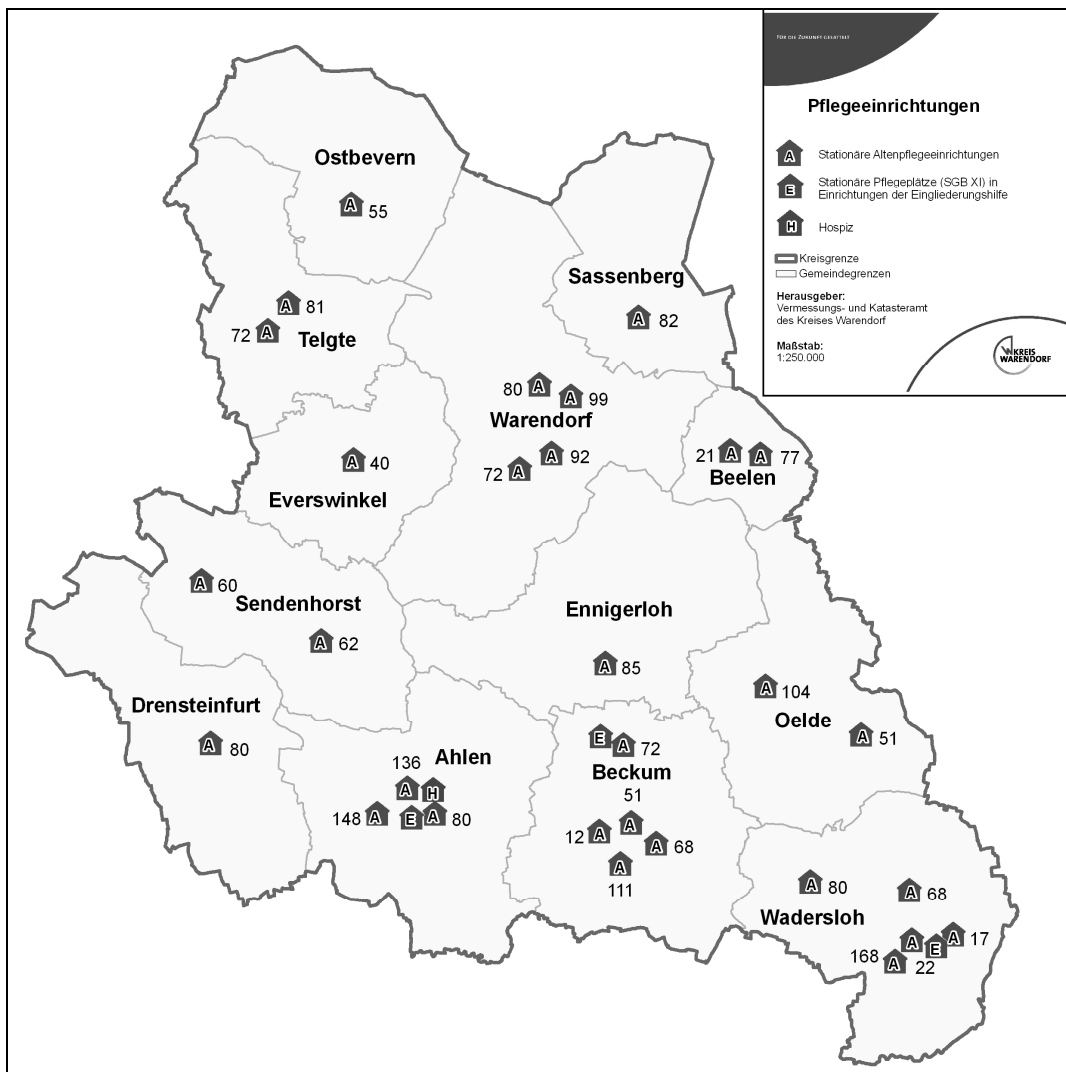
Alle vollstationären Pflegeeinrichtungen müssen bis zum Jahr 2018 eine Einzelzimmerquote von 80 % nachweisen. Einige Einrichtungen werden dieser gesetzlichen Vorgabe voraussichtlich durch die Umwandlung von Doppel- in Einzelzimmer nachkommen. Dadurch könnte sich in den kommenden Jahren die insgesamt zur Verfügung stehende Platzzahl reduzieren. Gleichzeitig bestehen aktuell noch Neubauvorhaben in Ennigerloh (80 Plätze), Oelde (80 Plätze) und Warendorf (77 Plätze). Ein zusätzlicher Bedarf an Plätzen wurde ausschließlich von Trägern in Ostbevern formuliert. In Ennigerloh wurde an einen Träger mehrfach der Wunsch nach einer stärkeren Dezentralisierung in Richtung Enniger herangetragen.

In den Netzwerkgesprächen wurde berichtet, dass sich die Bewohnerstruktur der Pflegeeinrichtungen in den vergangenen Jahren nachhaltig verändert habe. Die Menschen kämen zu einem immer späteren Zeitpunkt und in vielen Fällen auch in einem deutlich schlechteren Pflegezustand in die



stationären Einrichtungen als früher. Die Verweildauer in den Einrichtungen verkürze sich daher tendenziell. Zukünftig könnte sich diese Entwicklung jedoch durch den nach wie vor ansteigenden Anteil von Bewohnern mit dementiellen Erkrankungen ausgleichen. Dieser wurde seitens der Einrichtungen mit zwischen 50 und 75 % angegeben. Aufgrund der Anforderlichkeit einer 24-Stunden-Betreuung würden Menschen mit dementiellen Erkrankungen häufig weit vor dem Eintreten einer Pflegebedürftigkeit im engeren Sinne aufgenommen.

## Die vollstationären Einrichtungen im Überblick:



Aktuell ist die Versorgung mit stationären Plätzen im Kreisgebiet als ausreichend einzuschätzen.

**Die Belegung der stationären Einrichtungen wird auch zukünftig zweimal jährlich abgefragt. Die weitere Entwicklung soll engmaschig beobachtet werden, damit Veränderungen der Versorgungssituation zeitnah erkannt werden können.**

Der Kreis Warendorf hat seit der Abschaffung der Pflegebedarfsplanung keine rechtlichen Möglichkeiten mehr, die Errichtung stationärer Einrichtungen durch eine Bestätigung bzw. Verneinung des Bedarfs zu steuern. Die Investorenberatung bietet jedoch einen Ansatzpunkt, die Einschätzungen und Bedarfe aus Sicht der kommunalen Pflegeplanung deutlich zu machen.

**Angestrebt wird der weitere Ausbau der gemeinsamen Beratung mit den jeweils betroffenen Städten und Gemeinden, die im Rahmen ihrer Bauleitplanung ggf. steuernd tätig werden können.**

### ***2.2 Kurzzeitpflege***

Kurzzeitpflegeplätze stehen in den Städten und Gemeinden des Kreises in sehr unterschiedlicher Zahl zur Verfügung. Während in Wadersloh zum Beispiel 30 Plätze vorgehalten werden, besteht in Everswinkel derzeit noch gar kein Angebot. In Drensteinfurt, Everswinkel und Ostbevern wurde berichtet, dass es insbesondere in Ferienzeiten zu Engpässen kommt. Hier wird die Schaffung von (weiteren) Kurzzeitpflegeplätzen angeregt.

Seitens eines Ärztenetzwerkes wurde der Wunsch nach einer Online-Datenbank geäußert, in der wöchentlich aktualisiert der Bestand an freien Kurzzeitpflegeplätzen abgefragt werden kann. Dies könne in Not- und Krisensituationen insbesondere außerhalb der Öffnungszeiten der Pflegeberatungsstellen eine Unterstützung bieten.

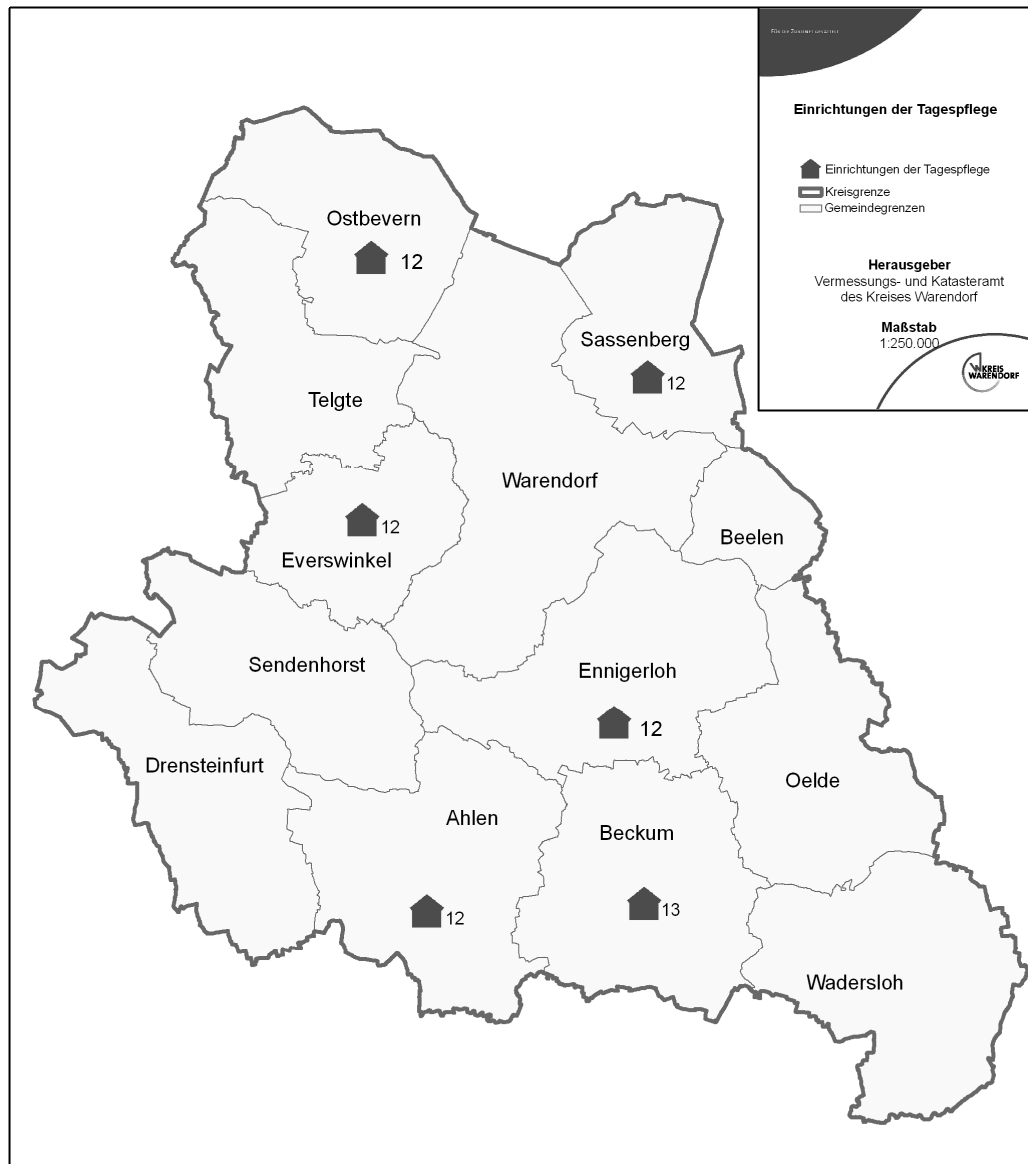
**Der Aufbau einer Datenbank für Kurzzeitpflegeplätze in Anbindung an den Internetauftritt des Kreises [www.kreis-warendorf.de/pflege-online](http://www.kreis-warendorf.de/pflege-online) soll geprüft werden.**

### **2.3 Teilstationäre Pflege**

Tagespflegeangebote werden seit der Reform der Pflegeversicherung 2008 stärker nachgefragt. Sie können den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit wirksam unterstützen. Der Kreis Warendorf verfügt mit inzwischen sechs Tagespflegeeinrichtungen im Vergleich zu den Nachbarkreisen immer noch über ein eher geringes Angebot. Aktuell bestehen jedoch in Ahlen, Ennigerloh, Oelde, Telgte und Warendorf Planungen für den Aufbau weiterer Tagespflegeangebote. Ein zusätzlicher Bedarf wurde seitens der Arbeitsgemeinschaft Beckumer Altenpolitik für Beckum benannt.

Eine kombinierte Tages- und Nachtpflege wird voraussichtlich im Sommer 2012 in Ahlen eröffnet. Damit wird erstmals auch eine Betreuungsmöglichkeit über Nacht geschaffen. Konzeptionell wird sich diese insbesondere an Menschen mit dementiellen Erkrankungen richten, die eine hohe nächtliche Unruhe aufweisen. Nachtpflegeeinrichtungen gibt es bislang im Kreis Warendorf noch nicht. Auch in NRW-weit liegen nur wenige Erfahrungen mit dieser Angebotsform vor. In den Netzwerktreffen wurde diese Form der Betreuung teilweise sehr kontrovers diskutiert. Infrage gestellt wurde, inwieweit ein nächtlicher Wechsel des Umfeldes für Menschen mit Demenz zuträglich sei. Schwierig gestaltet sich insbesondere die Finanzierung einer nächtlichen Betreuung, sofern diese regelmäßig erforderlich sei. Grundsätzlich ist die Erweiterung der pflegerischen Landschaft um dieses Angebot zu begrüßen, da hier die Chance besteht, eine bislang bestehende Angebotslücke zu schließen.

## Die Teilstationären Pflegeeinrichtungen im Überblick:



## 2.4 Ambulante Pflegedienste

Ambulante Pflegedienste stehen im Kreis Warendorf flächendeckend zur Verfügung. Ganz überwiegend bieten diese auch niedrigschwellige Betreuungsleistungen insbesondere für an Demenz erkrankte Menschen nach § 45c SGB XI an.

Insbesondere im Bereich der ambulanten Pflege wird sich der Fachkräftemangel zukünftig als großes Problem erweisen. Bereits heute berichten einzelne Pflegedienste, dass sie schon Anfragen, insbesondere aus den Außenbezirken, aufgrund fehlender Kapazitäten ablehnen mussten.

Die Grenze häuslicher Betreuung und Versorgung sei in der Regel beim Auftreten eines nächtlichen Hilfebedarfes gegeben. In Notsituationen sei ggf. kurzfristig eine nächtliche Versorgung möglich, längerfristig lasse sich ein solcher Bedarf jedoch nicht auffangen.

### **2.5 Alternative Wohnformen**

Das Interesse an alternativen Lebens- und Betreuungsmodellen zu stationären Pflegeeinrichtungen wurde in allen Netzwerktreffen deutlich. Die meisten älteren Menschen möchten demnach so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und nur so viel Hilfe wie nötig in Anspruch nehmen. Grundsätzlich setze sich die überwiegende Zahl der Menschen erst mit der Frage nach einer Veränderung der Wohnsituation auseinander, wenn bereits eine Pflegebedürftigkeit eingetreten sei. Dies nehme vielen Menschen die Möglichkeit, den Übergang in eine neue Wohnform aktiv zu gestalten und frühzeitig eine Entlastung zu erfahren.

#### **Ambulant betreute Wohnanlagen**

In ambulant betreuten Wohnanlagen schließen die Mieterinnen und Mieter neben dem Miet- auch einen Servicevertrag ab. Es wird ein Grundservice vorgehalten, der z.B. den Hausnotruf, Hausmeisterservice und / oder persönliche Beratung umfasst. Weitere Wahlleistungen werden auf Wunsch zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Werde ein Umzug in Betracht gezogen, stehe neben der Barrierefreiheit häufig der Wunsch nach Sicherheit und auch Gemeinschaft im Vordergrund. In Bezug auf betreute Wohnangebote hätten viele Menschen eine falsche Vorstellung und überzogene Erwartungen. Problematisch sei, dass es keine einheitliche Definition gebe. So müsse in jedem Fall geprüft werden, welche Dienstleistungen mit einem bestimmten Angebot verbunden seien. In vielen Häusern bestehe das Angebot, aber nicht die Verpflichtung, einen Servicevertrag abzuschließen. Hier könne man dann eigentlich nur von Seniorenwohnungen sprechen.

Damit das betreute Wohnen im Vergleich zu einem häuslichen Pflegearrangement einen Mehrwert habe, müsse dies mehr umfassen als Barrierefreiheit, Hausnotruf und die Zusicherung einer Leistungserbringung im Bedarfsfall. Als positive Orientierung könne hier das "Qualitätssiegel Betreutes Wohnen NRW" dienen, das Standards definiert.

Eine deutliche Grenze für das Leben in ambulant betreuten Wohnanlagen sei bei fortgeschrittenen dementiellen Erkrankungen gegeben. Hier sei in der Regel eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung erforderlich.

### **Pflegewohngemeinschaften**

In einer Pflege-Wohngemeinschaft hat jeder Bewohner einen eigenen Wohn- und Schlafräum. Das Leben spielt sich aber überwiegend in den Gemeinschaftsräumen ab. In der Regel gibt es eine Wohnküche, die ausreichend Platz für gemeinsames Essen und andere Aktivitäten bietet. Zielgruppe dieses Betreuungsangebotes sind Menschen, die ihren Alltag nicht mehr selbständig bewältigen können, aber nicht in eine stationäre Einrichtung ziehen möchten. Häufig richten sich diese Konzepte vorrangig an Menschen mit dementiellen Erkrankungen.

Einige Träger wiesen darauf hin, dass Pflege-Wohngemeinschaften mit einer guten Betreuung für die Bewohner mit hohen Kosten verbunden seien. Dies sei insbesondere darin begründet, dass die Pflegebedürftigen in dieser Wohnform nur ambulante Pflegeleistungen nach SGB XI beziehen könnten, und damit schlechter gestellt seien als Bewohner stationärer Einrichtungen. Bezüglich der Errichtung neuer Pflegewohngemeinschaften äußerten sich mehrere Träger insbesondere aufgrund der bestehenden rechtlichen Hürden und Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Wohn- und Teilhabegesetz zurückhaltend.

**Aufgrund der nach wie vor bestehenden Abgrenzungsprobleme zwischen den Angebotsformen wird eine Abfrage bei den Betreibern angestrebt. Nur so kann sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die beratenden Einrichtungen Transparenz geschaffen werden.**

In mehreren Treffen wurde auch das Thema **Mehrgenerationenwohnen** angesprochen. In den Diskussionen wurden jedoch die Möglichkeiten zur Umsetzung sehr kritisch eingeschätzt.

### **2.6 Pflegeergänzende Hilfen**

Angebote wie **Mahlzeitendienste** oder **Hausnotrufsysteme** können nach Einschätzung der Akteure kreisweit in Anspruch genommen werden. Letztere können vor allem allein lebenden Menschen ein Gefühl der Sicherheit geben und den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit unterstützen.

**Ehrenamtliche Alltagshilfen** seien dort wichtig, wo Angehörige nicht in der Nähe wohnten oder nachbarschaftliche Hilfen nicht möglich seien. Kleine Dienste, wie das Wechseln einer Glühbirne oder das Reparieren eines tropfenden Wasserhahnes, werden in mehreren Städten und Gemeinden von ehrenamtlichen Gruppen übernommen. "Anti-Rost" in Warendorf, der "Senioren-Handwerkerdienst" in Oelde oder "Hand in Hand" in Wadersloh sind nur einige gute Beispiele aus dem Kreis Warendorf.

**Hauswirtschaftliche Hilfen** seien hier in der Regel nicht eingeschlossen. Diese würden zu einem großen Teil über die ambulanten Pflegedienste gewährleistet, es sei hier aber auch von einem großen Schwarzmarkt auszugehen. Andere Anbieter von hauswirtschaftlichen Hilfen beklagen, dass dies zu einem Preiswettbewerb führe, der von seriösen Trägern nicht gewonnen werden könne. Für viele ältere Menschen, die keine Pflegestufe haben, sei eine Haushaltshilfe nicht zu finanzieren. Diese könne letztlich aber in vielen Fällen zum Verbleib in der eigenen Häuslichkeit beitragen. Den Weg über das Sozialamt scheuten viele Menschen aus Scham bzw. um unterhaltspflichtige Angehörige nicht zu belasten.

**Niedrigschwellige Betreuungsangebote**, die insbesondere von Menschen mit dementiellen Erkrankungen genutzt werden können, wurden kreisweit ausgebaut. In nahezu allen Städten und Gemeinden werden Betreuungsgruppen angeboten. Die stundenweise Betreuung zu Hause kann überall in Anspruch genommen werden. Beide Angebote dienen insbesondere auch der Entlastung pflegender Angehöriger. Mehrfach wurde die Einschätzung geäußert, dass die niedrigschwelligen Betreuungsleistungen noch nicht bekannt genug seien.

Die Entlastung pflegender Angehöriger wurde als vordringlicher Handlungsbedarf benannt. Wichtig sei, dass Angehörige über Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten bestmöglich informiert seien. Dazu seien Netzwerke aller beteiligten Akteure und zentrale Ansprechpartner in den Kommunen hilfreich, damit aktuelle Angebote bekannt seien und weitergegeben werden könnten.

Insbesondere in kleineren Gemeinden nähmen pflegende Angehörige aus Scham, ihren Hilfebedarf einzugestehen bzw. Entlastung von den familiären Verpflichtungen zu suchen, Angebote zum Teil nicht wahr oder suchten Angebote in den Nachbargemeinden. Hier sei die Anonymität eher gewährleistet. Dies sei insbesondere auch bei **Angehörigengruppen** zu beobachten. Diese bestehen derzeit nicht flächendeckend, mehrere Angebote wurden mangels Nachfrage eingestellt. Bewährt habe sich die Verbindung von **Pflegekursen** und Angehörigengruppen. So könne bereits während des Pflegekurses ein Vertrauensverhältnis aufgebaut und die Angehörigen für eine Gruppenarbeit gewonnen werden.

Als weiterer wichtiger Handlungsbedarf wurde die Vermeidung von Vereinsamung und Isolation älterer Menschen benannt. Insbesondere in den ländlichen Gebieten seien Menschen mit eingeschränkter Mobilität häufig von sozialen Kontakten abgeschnitten. Insbesondere die ehrenamtlichen **Besuchs- und Begleitdienste** nehmen hier eine wichtige Funktion wahr, um den Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (wieder) zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurde aber auch vielfach der Wunsch nach der Gewährleistung von **Fahrdiensten** für ältere Menschen geäußert, die (noch) keinen Anspruch auf Nutzung des Behindertenfahrdienstes haben. Für viele Veranstaltungen würden bereits ehrenamtlich Mitfahrgelegenheiten organisiert, hier stoße man aber – u.a. auch aus versicherungstechnischen Gründen – an Grenzen. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, den Behindertenfahrdienst ortsnah und nicht wie bislang praktiziert zentral zu organisieren.

**Im Rahmen des Inklusionsprojektes wird der Kreis Warendorf Fragen zur Ausgestaltung des Behindertenfahrdienstes thematisieren.**

Viele Pflegedienste berichteten darüber, dass in den Haushalten immer häufiger parallel zur professionellen Pflege auch **24-Stunden-Kräfte** aus Osteuropa im Einsatz seien. Die Erfahrungen seien sehr unterschiedlich. Problematisch sei, dass es für die Kräfte keine definierten Anforderungen, auch an Fort- und Weiterbildung, gebe. Kritisch seien auch die Einsatzbedingungen dieser Betreuungskräfte einzuschätzen. Ihr Einsatz mache aber deutlich, dass es für viele Familien offensichtlich nicht möglich sei, eine Betreuung der pflegebedürftigen Menschen anders zu organisieren und insbesondere zu finanzieren.

Ohne das vielfältige Angebot pflegeergänzender Hilfen könnte eine Betreuung und Versorgung im häuslichen Bereich in vielen Fällen nicht aufrechterhalten werden. Viele Einrichtungen berichteten



allerdings davon, dass es immer schwieriger werde, neue ehrenamtlich tätige Menschen zu gewinnen und langfristig für eine Mitarbeit zu motivieren.

**Der Kreis Warendorf fördert sowohl Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche als auch Projekte und zukunftsweisende Initiativen in der Seniorenarbeit. Diese Mittel werden aber nicht vollständig abgerufen. Die Fördermöglichkeit soll bekannter gemacht werden. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob die aktuellen Richtlinien dem Bedarf entsprechen.**

### ***2.7 Pflege- und Wohnberatung***

Die ausdifferenzierte Pflegelandschaft und die Vielzahl der Kostenträger ist für den Einzelnen Betroffenen sehr unübersichtlich. Fehlende Informationen über Hilfs- und Entlastungsmöglichkeiten führen nach wie vor in vielen Fällen dazu, dass pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen nicht die passende Unterstützung erhalten oder Möglichkeiten der häuslichen Betreuung nicht ausgeschöpft werden. Eine qualifizierte Pflege- und Wohnberatung kann dazu beitragen, bedarfsgerechte Hilfen zu installieren und vorzeitige stationäre Unterbringungen zu vermeiden.

Durch die Errichtung von drei Pflegestützpunkten in gemeinsamer Trägerschaft des Kreises und der Pflegekassen sollte das Beratungsangebot deutlich ausgeweitet und dezentralisiert werden. Leider haben diese Pflegestützpunkte nicht die gewünschte Entwicklung genommen, so dass in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 08.03.2012 über eine Neuausrichtung der Pflege- und Wohnberatung beraten wird.

Die Wohnberatung des Kreises konnte dank Förderung durch den Ausgleichsfonds der Pflegekassen zum 01.09.2011 um 0,6 Stellen erweitert werden. In fast allen Netzwerktreffen wurde die Einschätzung geäußert, dass die Angebote der Pflege- und Wohnberatung im Kreis Warendorf – trotz intensiver Pressearbeit - nicht ausreichend bekannt sind.

**Gezielte Maßnahmen der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sollen langfristig dazu dienen, die Angebote bekannter zu machen. Dazu gehört insbesondere die persönliche Vorstellung in lokalen Netzwerken und Gruppen.**

### **3. Querschnittsthemen und zukünftige Handlungsbedarfe**

#### ***3.1 Barrierefreiheit und generationengerechtes Lebensumfeld***

Als eines der vordringlichsten Themen wurde nahezu durchgängig der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum genannt. Insbesondere kleine und günstige Wohnungen, die auch für Empfänger von Transferleistungen in Frage kämen, seien Mangelware. Gleichzeitig berichteten einzelne Anbieter, dass die Nachfrage im Bereich des frei finanzierten Wohnungsbaus höher sei. Dies ist ganz offensichtlich stark von der jeweiligen Bevölkerungsstruktur abhängig.

Insbesondere im ländlich geprägten Raum wird derzeit noch beobachtet, dass viele ältere Menschen sich mit der Entscheidung, das Eigenheim zugunsten einer barrierefreien Wohnung aufzugeben, sehr schwer tun. An anderen Orten wird die Erfahrung gemacht, dass sich hier ein Umdenken abzeichnet und verstärkt barrierefreier Wohnraum nachgefragt wird. Eine Alternative zum Umzug bildet der Umbau im Bestand. Mehrere Einrichtungen im Kreis bieten hier Beratung und Unterstützung an und informieren über Fördermöglichkeiten verschiedener Stellen und Kostenträger. Die Beratungsmöglichkeiten sind aber nach Einschätzung vieler Akteure nicht bekannt genug.

**Die Wohnberatungsstelle des Kreises wird ihre Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit weiter intensivieren und zukünftig noch stärker in die Beratung von Bauherren und Investoren einsteigen, um diese für den (Um)Bau von barrierefreiem Wohnraum zu sensibilisieren und auf Fördermöglichkeiten aufmerksam zu machen.**

Damit Menschen möglichst lange selbständig in vertrauten Bezügen leben können, ist neben der Ausstattung der eigenen Wohnung das nähere Umfeld ganz entscheidend. In vielen Treffen wurde benannt, dass die lokale Infrastruktur noch nicht ausreichend auf die Belange von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und / oder Sinnesbehinderungen ausgerichtet ist. Eine barrierefreie Gestaltung kommt natürlich nicht nur älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen zugute. Auch junge Eltern mit Kinderwagen freuen sich über stufenlose Eingänge zu Einkaufsläden, Arztpraxen oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier müssten die Verantwortlichen noch stärker sensibilisiert werden. In einigen Kommunen gibt es bereits sehr positive Beispiele. So besteht z.B. in Sendenhorst,

geleitet durch die kommunale Behindertenbeauftragte, ein Arbeitskreis "Barrierefreie Stadt", der sich die Identifikation und Beseitigung von Hindernissen zum Ziel gesetzt hat. Der Abbau von Barrieren ist vielfach mit hohen Kosten verbunden und lässt sich sicherlich nicht überall zeitnah umsetzen. Bei Neuplanungen im öffentlichen Raum sind inzwischen Standards der Barrierefreiheit festgeschrieben.

Neben der Beseitigung baulicher Barrieren ist aber auch zu entscheiden, welche Angebote fußläufig zu erreichen sind. Hier gelte es zukünftig, besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass z.B. Einkaufsmöglichkeiten nicht nur am Stadtrand bestehen.

In den Städten Ahlen und Oelde werden derzeit Konzepte zur Quartiersentwicklung erarbeitet bzw. ist eine Konzeptentwicklung geplant. Eine wissenschaftliche Begleitung wird angestrebt. Von diesen Projekten können ganz maßgebliche Impulse für andere Städte und Gemeinden ausgehen.

### ***3.2 Transparenz und Vernetzung***

Die Umsetzung des Grundsatzes "ambulant vor stationär" kann nur dann wirksam gelingen, wenn professionelle sowie ehrenamtliche Angebote und Dienste Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig sinnvoll ergänzen. In einigen Städten und Gemeinden bestehen bereits seit Jahren Runde Tische oder Arbeitskreise, die sich den Informationsaustausch und die Vernetzung der Angebote zum Ziel gesetzt haben. Beispiele sind der "Arbeitskreis Pflege" in Ahlen, die "Beckumer Arbeitsgemeinschaft Altenpolitik", das "Netzwerk Altenhilfe in der Stadt Oelde" oder der Runde Tisch "Älter werden in Telgte". In Beelen wurde im Anschluss an das Netzwerktreffen im Rahmen der Pflegeplanung beschlossen, dieses künftig unter Federführung der Gemeinde fortzuführen. In Drensteinfurt hat sich Ende 2011 ein ehrenamtlich koordiniertes Seniorennetzwerk gegründet. Daneben bestehen Netzwerke, die sich speziell zum Themenbereich Demenz zusammenfinden.

**Die Durchführung von Netzwerktreffen im Rahmen der Kommunalen Pflegeplanung hat sich bewährt und soll auch zukünftig im Zuge der Aktualisierung des Pflegeberichtes fortgeführt werden.**

Der fachliche Austausch anlässlich der Pflegeplanung kann jedoch die kontinuierliche Netzwerkarbeit vor Ort nicht ersetzen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass jeweils ein lokaler "Kümmerer" zur Verfügung steht, der die Koordination übernimmt und Kontinuität gewährleistet.

Es wurde im Rahmen der Netzwerktreffen wiederholt auf die zentrale Leitfunktion der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte hingewiesen. Es sei besonders wichtig, dass hier die relevanten Informationen über Hilfs- und Beratungsangebote vorhanden seien. Auch die Überleitung zwischen den pflegerischen und medizinischen Einrichtungen und Diensten ließe sich noch weiter optimieren. Wünschenswert wäre die Einbeziehung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte bzw. derer Zusammenschlüsse in die regionalen Netzwerke.

**Einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Transparenz über die bestehenden Angebote leistet der Kreis Warendorf mit seinem Internet-Portal [www.kreis-warendorf.de/pflege-online](http://www.kreis-warendorf.de/pflege-online). Dies soll weiter ausgebaut und insbesondere um den Bereich der pflegeergänzenden Angebote ergänzt werden.**

Nach wie vor sind jedoch auch lokale Übersichten und Wegweiser sinnvoll und erforderlich, um über das örtliche Angebot zu informieren.

### **3.3 Fachkräftemangel**

Der Fachkräftemangel wurde in nahezu allen Netzwerktreffen thematisiert. Sowohl einzelne stationäre Einrichtungen als auch ambulante Pflegedienste berichteten davon, dass sie bereits zeitweise Bedarfe nicht decken konnten, da nicht ausreichend examinierte Kräfte zur Verfügung standen. Allgemeine Einschätzung ist, dass sich diese Situation aufgrund des demografischen Wandels zukünftig immer weiter verschärfen wird. Der erwartete Zuzug von Pflegekräften aus Osteuropa im Rahmen der ab Mai 2011 geltenden Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit sei nicht eingetreten und könnte die Situation auch zukünftig nicht entspannen. Es wurde seitens der Einrichtungen deutlich gemacht, dass die fachlichen Anforderungen an das Pflegepersonal stark gestiegen seien.

Problematisch sei neben der Gewinnung von Fachkräften insbesondere die Bindung des Personals. Viele Pflegefachkräfte blieben nur wenige Jahre im Beruf. Neue Arbeitszeitmodelle und Programme zur

Gesundheitsförderung seien erforderlich. Insbesondere junge Fachkräfte empfänden es häufig als sehr unbefriedigend, dass die Einrichtungen ganz überwiegend nur Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stellen könnten. Noch wichtiger sei aber die fehlende gesellschaftliche Anerkennung des Pflegeberufes. Neben der vergleichsweise geringen Vergütung, der erheblichen Arbeitsverdichtung sowie der Schicht- und Wochenendarbeit sei insbesondere das negative Image des Pflegeberufes dafür verantwortlich, dass sich viele Fachkräfte umorientierten. Die wertvolle Arbeit der Beschäftigten im Pflegebereich werde nicht wahrgenommen, während Berichte über Pflegemängel seitens in den Medien immer wieder viel Raum erhielten.

Eine Herausforderung für die Einrichtungen stelle auch der Wegfall des Zivildienstes dar. Neben der aktuell fehlenden personellen Ressource sei damit auch eine wichtige Möglichkeit genommen, junge Männer für eine anschließende Ausbildung im Pflegebereich zu gewinnen. Der neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst werde derzeit noch nicht stark nachgefragt. Hier sei weiterhin Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, um mehr Menschen für die Aufnahme einer solchen freiwilligen Tätigkeit zu interessieren.

Insgesamt lässt sich nach Auskunft der Bezirksregierung Münster in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche Steigerung der Schülerzahlen in der Altenpflegeausbildung feststellen, die im Jahr 2010 durch das „1.000-Stellen-Programm“ im Rahmen des „Aktionsplans Altenpflegeausbildung“ sogar sehr deutlich ausgefallen sei. Die Wiedereinführung der Altenpflegeumlage wurde von vielen Akteuren als positiver Schritt zur Förderung der Ausbildung begrüßt.

**Das Thema Fachkräftemangel soll in die zukünftige Pflegeberichterstattung mit aufgenommen und entsprechende Daten und Fakten aufbereitet werden.**

**Zur Förderung einer positiven Öffentlichkeitsarbeit wären Veranstaltungen oder Ausstellungen sinnvoll, die den Blick auf die wichtige gesellschaftliche Funktion des Pflegeberufes lenken.**

**In Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Kreis Warendorf soll geprüft werden, inwiefern Programme des Landes oder des Bundes genutzt werden können, um Fachkräfte für den Bereich der Pflege zu gewinnen.**

**In der kommenden Sitzung der Pflegekonferenz wird ein Vertreter der Regionalagentur Münsterland das Förderprogramm "Potentialberatung" vorstellen.**

### ***3.4 Menschen mit Behinderungen im Alter***

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe geht davon aus, dass in 10 Jahren über 50 % der Menschen, die heute in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind, älter als 50 Jahre sein werden; etwa 25 % von ihnen werden dann 60 Jahre und älter sein. Im Bereich des stationären Wohnens werde ebenfalls das Alter über 50 Jahren deutlich dominieren. Erstmals erreicht somit ein großer Teil der Menschen, die die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen besuchen, das Rentenalter. Dies wirft Fragen nach tagesstrukturierenden Maßnahmen, aber auch nach angemessenen Angeboten bei Pflegebedürftigkeit auf. Es ist z.B. bekannt, dass Menschen mit einem Down-Syndrom ein höheres Risiko tragen, eine dementielle Erkrankung zu entwickeln.

Im Bereich der Hilfs- und Unterstützungsangebote sowie der Kultur- und Freizeitangebote haben sich über die Jahre zwei parallele Systeme entwickelt. So ist es derzeit z.B. noch nicht üblich, dass ältere Menschen mit einer geistigen Behinderung die allgemeinen Angebote im Bereich der Altenhilfe nutzen. Im Rahmen einzelner Netzwerktreffen wurde der Wunsch nach einer Vernetzung zwischen den Angeboten der Eingliederungshilfe und der Altenhilfe zum Ausdruck gebracht. Erste Kooperationen bestünden hier bereits, so z.B. zwischen den Einrichtungen St. Magnus und St. Vitus in Everswinkel.

Im Kreis Warendorf gibt es schon einzelne Projekte, die sich mit diesem Themenbereich Menschen mit Behinderungen im Alter befassen.

**In der kommenden Pflegeplanung soll das Thema "Menschen mit Behinderungen im Alter" vertiefter betrachtet werden. Auch im Inklusionsbericht des Kreises soll das Thema aufgegriffen werden.**

### **3.5 Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**

Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind bislang in den Angeboten der Altenhilfe und Pflege wenig präsent. In einigen Netzwerktreffen wurde berichtet, dass in Familien mit Zuwanderungsgeschichte heute oftmals noch die Pflege ausschließlich durch die eigenen Angehörigen erwartet wird. Aber auch hier glichen sich die familiären Verhältnisse denen der einheimischen Bevölkerung an. Eltern und Kinder leben nicht mehr immer am selben Ort, Frauen sind berufstätig u.s.w. Es wurde die Einschätzung geäußert, dass der Bedarf an kultursensiblen Angeboten steigen wird. Eine besondere Herausforderung stelle sich dort, wo Menschen nur wenig deutsch sprechen oder aufgrund einer dementiellen Erkrankung ihre Sprachkenntnisse verloren haben.

Mehrere Städte und Gemeinden haben hierzu bereits Ideen gesammelt und Maßnahmen entwickelt, um pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zum Hilfesystem zu erleichtern.

**Der Kreis Warendorf plant für das Jahr 2012, wie im Integrationsbericht festgehalten, eine Fachveranstaltung zum Thema "Kultursensible Pflege".**

Die Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben u.a. die Aufgabe, Einrichtungen bei der kulturellen Öffnung zu unterstützen.

**Es ist daher vorgesehen, die beiden Integrationsagenturen im Kreis Warendorf zu einer der kommenden Sitzungen der Pflegekonferenz einzuladen.**

## 4. Zusammenfassung und Ausblick

Die pflegerische Infrastruktur im Kreis Warendorf befindet sich in einem stetigen Auf- und Ausbau. Der Trend geht zu einer stärkeren Ausdifferenzierung und Regionalisierung der Angebote. Erste Konzepte für eine generationengerechte Quartiersentwicklung werden derzeit erarbeitet. Das Angebot an voll- und teilstationären sowie ambulanten pflegerischen Angeboten ist derzeit als ausreichend einzuschätzen. Im Bereich der Kurzzeitpflege kommt es an einzelnen Orten zeitweise zu Engpässen. Weitgehend ungelöst ist bislang die Frage, wie im Bereich der häuslichen Versorgung ein nächtlicher Hilfebedarf gedeckt werden kann. Mit der Einrichtung einer Nachtpflegeeinrichtung werden zeitnah erste Erfahrungen mit einem neuen Betreuungskonzept gesammelt.

Zur Unterstützung des Verbleibs in der eigenen Häuslichkeit sind ehrenamtliche und professionelle pflegeergänzende Angebote unentbehrlich. Von besonderer Bedeutung sind auch die konzeptionelle Weiterentwicklung der Pflege- und Wohnberatung im Kreis Warendorf und die Förderung der Bekanntheit dieser Angebote.

Als zentrale Querschnittsthemen und zukünftige Handlungsfelder wurden im Rahmen der Netzwerktreffen der kommunalen Pflegeplanung insbesondere Folgende benannt:

- Der Ausbau barrierefreien Wohnraums und die Gestaltung eines generationengerechten Wohnumfeldes stellen wichtige Zukunftsaufgaben dar.
- Ein zentraler Punkt für die zukünftige Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur ist die Stärkung der regionalen Vernetzung der Angebote für ältere und pflegebedürftige Menschen.
- Eine gute Pflege und Betreuung ist nur mit qualifizierten Pflegekräften möglich. Der Fachkräftemangel ist inzwischen allerdings auch im Kreis Warendorf angekommen und wird zukünftig zu einer großen Herausforderung werden. Hier müssen geeignete Maßnahmen entwickelt werden, um mehr Menschen zur Aufnahme eines Pflegeberufes zu motivieren und sie auch langfristig im Arbeitsprozess zu halten.
- Eine zukünftige Herausforderung für den Bereich der Altenhilfe und Pflege stellt die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen im Alter dar. Hier sind Kooperation und Vernetzung zwischen Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Pflege / Altenhilfe gefragt.



- Auch die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen wird zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Aktualisierung des Pflegeberichtes erfolgt nach der Veröffentlichung der nächsten Pflegestatistik durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und wird in der Pflegekonferenz 2013 vorgestellt.